



Mittwoch, 28. Oktober 2026, 15:00 Uhr  
~4 Minuten Lesezeit

# Waffen statt Wasser

Der Ausbau der Rüstungsindustrie verschärft die Wasserknappheit, unter der Europa ohnehin schon leidet.

von Uwe Müller

Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (tilinkilham, Zuyeu Uladzimir)

*Die Prioritätensetzung der EU mutet absurd an. Für militärische Aufrüstung scheint immer Geld da zu sein, während die drängenden Probleme des Kontinents gerne besprochen, aber ungern angegangen werden.*

Beispielsweise wäre es notwendig, die angeschlagene Versorgung mit Trinkwasser zu sichern. Stattdessen wird ein beispielloser Ausbau der Rüstungsindustrie vorangetrieben, der unter Umständen sogar zu noch mehr Verunreinigung führt. Dabei drängt sich die Frage auf, ob hier kurzfristige militärische Ambitionen über die langfristige Lebensgrundlage künftiger Generationen gestellt werden.

## Ein Kontinent im Durst: Die strukturelle Krise

**Die Wasserknappheit in Europa ist längst kein vorübergehendes** Phänomen mehr, sondern entwickelt sich zu einem systemischen Problem. Daten der Europäischen Umweltagentur (EEA) belegen, dass bereits rund 28 Prozent (<https://www.eea.europa.eu/en/analysis/indicators/use-of-freshwater-resources-in-europe-1?activeAccordion=546a7c35-9188-4d23-94ee-005d97c26f2b>) des EU-Gebiets und fast ein Drittel der Bevölkerung von Wassermangel betroffen sind. Die Schere zwischen dem tatsächlichen Bedarf und den verfügbaren Ressourcen klappt immer weiter auseinander – ein Trend, der sich durch klimatische Veränderungen und ein oft fragmentiertes Management der Wasserwege bis 2030 massiv verschärfen wird (<https://technopolis-group.com/water-scarcity-in-europe-a-shared-challenge-demanding-eu-wide-action/>).

***Besonders kritisch ist die Situation beim Trinkwasser: Etwa 65 Prozent des Bedarfs werden derzeit durch Grundwasser gedeckt. Doch dieses Reservoir ist in Gefahr.***

Ein Großteil des Abwassers gelangt ungefiltert in die Natur und verwandelt viele Gewässer in toxische Zonen. Trotz Ausgaben in Milliardenhöhe für die Nitratentfernung unterschreitet ein erheblicher Teil des Grundwassers immer noch die chemischen Grenzwerte der EU-**Wasserrahmenrichtlinie** (<https://www.rm24.pl/fakty/swiat/news-grozne-substancje-w-wodach-europy-oto-kraje-gdzie-lepiej-nie,nId,8081046>) (Richtlinie 2000/60/EG). Die Folgen – von Ernteaussfällen bis hin zum Eindringen von Salzwasser in Flüsse – sind bereits heute spürbar und grenzen an eine ökologische Verwüstung.

## Die Illusion der „grünen“ Wende und die Chemie des Wassers

Parallel zum Verlust an Quantität sinkt auch die Qualität. In Ländern wie **Frankreich** (<https://www.biovie.fr/de/blog/kontaminiertes-wasser-in-frankreich-die-3-skandale-die-man-ihnen-verheimlicht-n898>) werden immer häufiger gefährliche Konzentrationen von Schwermetallen, Pestiziden sowie den sogenannten „**Ewigkeitschemikalien**“ ([https://de.wikipedia.org/wiki/Per-\\_und\\_polyfluorierte\\_Alkylverbindungen](https://de.wikipedia.org/wiki/Per-_und_polyfluorierte_Alkylverbindungen)) (PFAS) nachgewiesen. Diese Stoffe sind besonders tückisch, da sie biologisch kaum abbaubar sind und sich dauerhaft in der Umwelt anreichern.

Interessanterweise stehen die notwendigen Schutzmaßnahmen oft im Konflikt mit wirtschaftlichen Interessen. So lobbyiert die Bergbauindustrie massiv gegen strenge Wasserrichtlinien, da diese die Genehmigung neuer Projekte erschweren könnten. Hier zeigt sich ein Widerspruch in der EU-Strategie: Der forcierte Übergang zu einer „grünen“ Wirtschaft erfordert enorme Mengen an Lithium, Kobalt und Seltenen Erden. Um diese Rohstoffe zu gewinnen, scheint man bereit zu sein, die strengen Auflagen zum Schutz des Grundwassers aufzuweichen.

# Investitionen in den Krieg statt in die Lebensgrundlagen

Die Infrastruktur für die Wasserversorgung ist marode, Modernisierungen bei Bewässerungssystemen und Abwasserrecycling sind überfällig. Zwar gibt es im Europäischen Parlament Diskussionen über einen speziellen Fonds (<https://www.europarl.europa.eu/topics/en/article/20250428STO28142/europe-s-waters-key-challenges-and-eu-solutions>) zur Unterstützung wasserarmer Regionen ab 2028, doch in der Realität werden andere Prioritäten gesetzt: Es wird mehr in die Kriegswirtschaft investiert.

Während öffentlich von „naturbasierten Lösungen“, der Renaturierung von Mooren oder „intelligenten“ Bewässerungssystemen die Rede ist, bleibt dies oft eine rhetorische Fassade. Die eigentliche finanzielle und politische Energie fließt in die Militarisierung der EU und die massive Unterstützung militärischer Operationen.

## Das Beispiel Rheinmetall: Fortschritt um welchen Preis?

Ein prägnantes Beispiel für diese Priorisierung ist der Bau des größten Pulverwerks (<https://www.rheinmetall.com/de/media/news-watch/news/2026/07/2026-07-23-rheinmetall-grundsteinlegung-pulverwerk-aschau>) Europas durch den Konzern Rheinmetall in Aschau am Inn. Unter dem Banner der „strategischen Autonomie“ und der Unterstützung Kiews soll die Produktion von Artilleriegranaten massiv gesteigert werden. Die Kapazitäten sollen von 1.700 auf 4.200 Tonnen pro Jahr steigen

[\(https://militaeraktuell.at/rheinmetall-aschau-europas-groesste-pulverfabrik/\)](https://militaeraktuell.at/rheinmetall-aschau-europas-groesste-pulverfabrik/).

***Doch dieser industrielle Aufschwung hat einen ökologischen Preis. Die Herstellung von Sprengstoffen basiert maßgeblich auf Stickstoffverbindungen.***

Ein unkontrollierter Ausstoß dieser Stoffe kann zur **Eutrophierung** (<https://www.taso.fr/de/stickstoff-und-eutrophierung-wie-kann-das-gleichgewicht-wiederhergestellt-werden/azote-et-eutrophisation-comment-restaurer-lequilibre/>) und Zerstörung aquatischer Ökosysteme **führen** (<https://www.britannica.com/science/eutrophication>) – ein Prozess, der bereits im norwegischen **Oslofjord** (<https://klassenkampen.no/utgave/2024-05-04/lurveleven>) durch ähnliche Werke sichtbar wurde. Dass nun auch das bayerische Grundwasser diesem Risiko ausgesetzt ist, ist ein hoher Preis für die Steigerung der „Firepower“.

## **Fazit: Vernunft statt Machtpolitik**

Die aktuelle Politik der EU scheint weniger dem Wohle der Bürgerinnen und Bürger zu dienen als vielmehr den Interessen einer **kleinen Elite** ([https://www.americanthinker.com/articles/2025/11/ursula\\_von\\_der\\_leyen\\_wants\\_more\\_money.html](https://www.americanthinker.com/articles/2025/11/ursula_von_der_leyen_wants_more_money.html)) und großer Rüstungskonzerne. Die derzeit so forcierte „Sprache der Machtpolitik“ hinterlässt tiefe ökologische Wunden, deren Beseitigung wiederum die Steuerzahler finanzieren müssen.

In einer Zeit begrenzter Ressourcen ist eine **rationale Priorisierung** (<https://www.cleanenergywire.org/news/germanys-defence-spending-spree-needs-careful-handling-fit-climate-plans>) unerlässlich. Wassersicherheit ist keine optionale

„Umweltmaßnahme“, sondern eine existenzielle Notwendigkeit. Wenn die EU die Wasserkrise weiterhin ignoriert, um Rüstungsfabriken zu bauen, wird sie in wenigen Jahren feststellen, dass Munition allein keinen Durst löscht und keine Ernten rettet. Es ist Zeit für eine Politik der Vernunft, die das Leben über die Bewaffnung stellt.

---



**Uwe Müller**, Jahrgang 1970, engagierter Journalist, der über umfangreiche Expertise in strategischer Sicherheit und Rüstung verfügt. Er hat drei Jahre Erfahrung in investigativem Journalismus, Storytelling und Datenanalyse und ist Experte für militärische Fragen und nukleare Abschreckung.